

Überstrapazierte Invalidenversicherung

Die Regierung der Niederlande will hart durchgreifen

Jahrelang sind Arbeitnehmer in den Niederlanden, die nicht mehr gebraucht werden konnten, in der Invalidenversicherung gelandet. Einzelne Mitglieder der Regierung Balkenende möchten nun die Versicherung aus Kostengründen privatisieren.

vau. Amsterdam, im März

Seit dem Jahr 2002 wird in den Niederlanden intensiv darüber diskutiert, wie gegen das grosse Heer von Bezüglern einer Invalidenversicherung vorgegangen werden soll. Bei gut 16 Mio. Einwohnern zählt das Land gegen 1 Mio. Menschen, die wegen physischer oder psychischer Probleme keiner Arbeit nachgehen können oder wollen. Doch unter den Bezüglern der WAO-Rente (*Wet op de Arbeidsongeschiktheid*) befinden sich auch zahlreiche Personen, die beispielsweise die niederländische Sprache nicht beherrschen oder die aufgrund einer durch die zuständigen Behörden ziemlich stümperhaft durchgeführten Untersuchung in der WAO gelandet sind. Dass die Zahl dermassen hoch ist, ist übrigens nicht nur der Arbeitnehmerseite zuzuschreiben. Auch die Arbeitgeber haben dazu wesentlich beigetragen. Wer nicht arbeiten konnte oder wollte, ist in den Niederlanden automatisch in der Invalidenversicherung gelandet. Eine Rückkehr für WAO-Bezüglern auf den Arbeitsmarkt hat sich wegen der bürokratischen Hürden als äusserst mühsam erwiesen. In einer im vergangenen Sommer präsentierten Studie war das Sociaal en Cultureel Planbureau (SCP) zum Schluss gekommen, dass die bisherigen Anstrengungen, die insgesamt 1,5 Mio. Nichtarbeitenden in den Niederlanden für den Arbeitsmarkt fit zu machen, wenig konkrete Resultate gezeitigt haben. Für entsprechende Projekte hat der Staat bis vor kurzem jährlich 1,2 Mrd. € ausgelegt.

Positive Entwicklung

Immerhin gibt es zur Problematik auch Erfreuliches zu berichten. Die Zahl der Neubezüglern einer Invalidenrente nimmt neuerdings stetig ab. Bereits 2002 lagen die Anfragen für eine entsprechende Rente 15% unter dem Vorjahreswert. Die Quote der Rückkehrer im abgelaufenen Jahr wird gar mit 27% angegeben. Der Grund für diese Entwicklung liegt primär beim aktiveren Auftreten der zuständigen Behörden und bei den finanziellen Anreizen, die Betroffenen bei einer Fortsetzung ihrer Berufstätigkeit geboten werden. Mit jedem rückläufigen Prozentpunkt der Rentenbezüglern ergeben sich für die Arbeitgeberseite Minderaufwendungen in Höhe von 1 Mrd. €.

Der christlichdemokratische Sozial- und Arbeitsminister *Aart Jan de Geus* will, dass spätes-

tens ab 2006 für die Invalidenversicherung neue Regeln in Kraft treten. Die Sozialpartner, die im sogenannten sozialökonomischen Rat (SER) zusammengeschlossen sind, haben ihre Version für die WAO bereits auf den Tisch gelegt. Der Mitte-Rechts-Regierung gehen diese Massnahmen allerdings zu wenig weit. Doch die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerseite scheinen sich mit ihren Vorstellungen einmal mehr durchzusetzen. Der grösste Arbeitgeberverband des Landes, VNO-NCW, hat nämlich kein Interesse, die Gewerkschaften zu brüskieren und die hierzulande verbreitete Konsenspolitik in Frage zu stellen. Bereits im letzten Herbst, als sich die Sozialpartner auf das Einfrieren der Löhne für zwei Jahre verständigt hatten, kam es zu einer Allianz zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite gegen die Haager Regierung. Gleiches scheint sich jetzt bei der Frage zur WAO abzuzeichnen. Die Gewerkschaften haben nämlich damit gedroht, die als historisch bezeichnete Übereinkunft vom letzten Herbst aufzukündigen, sollte die Regierung an ihrem harten Durchgreifen bei der Invalidenversicherung festhalten. Die Arbeitgeberseite will dies verhindern, weil dies einer weiteren Schwächung der ohnehin seit geraumer Zeit angeschlagenen hiesigen Wirtschaft gleichkäme.

Die Regierung will nun offenbar den Sozialpartnern entgegenkommen und Geld zur Verfügung stellen, damit WAO-Bezüglern unter dem neuen Regime finanziell nicht allzu grosse Einbussen hinnehmen müssen. Gemäss Den Haag sollen künftig nur noch Personen, die tatsächlich zu 100% nicht mehr arbeiten können, eine Invalidenrente bekommen. Personen, denen eine Teilzeitarbeit zugemutet werden kann, müssen zurück auf den Arbeitsmarkt. Ab Juli sollen deshalb Rentenbezüglern erneut auf ihre Tauglichkeit hin medizinisch untersucht und geprüft werden.

Privatisierung

Skepsis herrscht bezüglich einer allfälligen Privatisierung der Invalidenversicherung. Private Versicherungen haben bereits angekündigt, sie könnten die Invalidenversicherung für rund die Hälfte des bisher vom Staat getragenen Aufwands offerieren. Das Haager Planbüro kam zum Schluss, es sei unsicher, ob die Vorteile eines Privatversicherers die Nachteile der staatlichen Versicherung übertreffen würden. Damit schrumpfen die Chancen für die Privatversicherer weiter.